

**An die
Apothekerinnen und Apotheker**

Der Präsident

Telefon 030 40004-102
Fax 030 40004-103
E-Mail abda@abda.de
Web www.abda.de

20. Dezember 2018

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

über zwei Jahre haben wir uns gemeinsam für die Wiederherstellung einheitlicher Abgabepreise verschreibungspflichtiger Arzneimittel eingesetzt, die durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofes im Oktober 2016 ins Wanken geraten sind. Die ABDA hat dies in Politik und Öffentlichkeit auf Bundesebene getan, die Kammern und Verbände haben ihr Gewicht auf Landesebene in die Waagschale geworfen, und viele Apothekerinnen, Apotheker und ihre Teams haben sich vor Ort für dieses Ziel mit unterschiedlichsten, teils sehr kreativen Initiativen eingesetzt.

Das Jahr 2018 neigt sich dem Ende, und wir sehen das Ziel einheitlicher Abgabepreise nicht verwirklicht. Dass dies Unsicherheit, Sorge und auch Frustration auslöst, ist nicht verwunderlich. In den letzten Wochen haben mich immer wieder Anrufe, Briefe und E-Mails von Kollegen erreicht, die nicht nur ihrem Kummer Luft gemacht haben, sondern oft in guter apothekerlicher Weise Ratschläge gaben, wie Politik und Öffentlichkeit zu überzeugen und der RX-Versand sofort zu beenden wären. Sie reichen von qualitätssichernden Maßnahmen bei der Arzneimittelzustellung über die Modifizierung der Liste herkunftssicherer Versandländer und den Verweis auf die Buchpreisbindung bis hin zu Argumentationen, die die unbestrittene Unverzichtbarkeit der Präsenzapotheke in der Akutversorgung und im Nacht- und Notdienst betreffen. Tatsächlich haben wir all diese wesentlichen Argumente in den letzten beiden Jahren kontinuierlich in Politik und Medien transportiert, auf offener Bühne wie auch hinter den Kulissen. Das bedeutet aber leider nicht, dass politische Entscheidungen zwangsläufig in unserem Sinne ausfallen. Als Naturwissenschaftler vertrauen wir auf die Kraft schlüssiger Daten und Fakten. Man vergisst dabei aber gelegentlich, dass Politik keine Wissenschaft ist, sondern ein Wettstreit von Meinungen, der oft nach anderen Prinzipien funktioniert: Machtfragen und Zeitgeist, ideologische Grundüberzeugungen und die Opportunität bestimmter Lösungen im Hinblick auf das Wählerverhalten bestimmen die Bildung von Mehrheiten. Ein treffliches Beispiel ist der Umgang mit Gutachten. Die ABDA hat

insgesamt drei juristische Gutachten zur verfassungs- und europarechtlichen Machbarkeit eines RX-Versandverbotes anfertigen lassen und natürlich auch in ihrer politischen Überzeugungsarbeit eingesetzt. Doch auch schlüssige Gutachten ziehen längst nicht zwingend entsprechende Gesetzgebungsaktivitäten nach sich. Das mag man im Falle „unserer“ Gutachten bedauern, beispielsweise mit Blick auf die regelmäßigen Veröffentlichungen der Monopolkommission ist diese Tatsache allerdings eher beruhigend.

Das Gutachten-Beispiel zeigt vor allem eines: Wir haben im Kern keine juristische Auseinandersetzung über die rechtlich mögliche, sondern eine politische Auseinandersetzung über die mehrheitlich gewünschte Sicherung und Ausgestaltung der zukünftigen Arzneimittelversorgung in Deutschland. Für uns war und ist ein Verbot des Versandes verschreibungspflichtiger Arzneimittel das Mittel der Wahl zur Absicherung einheitlicher Abgabepreise. Weite Teile der Gesellschaft aber betrachten ein RX-Versandverbot als unzeitgemäß. Im Bundestag trifft es auf die Skepsis von Grünen, FDP und SPD, aber auch wesentlichen Teilen der CDU und Protagonisten der CSU. Dass ein RX-Versandverbot keine rückhaltlose Unterstützung erhält, liegt im Übrigen gar nicht daran, dass Politik und Öffentlichkeit den Wert und die Vorteile der Apotheke vor Ort nicht erkannt und verstanden hätten – im Gegenteil. In den politischen Gesprächen und der medialen Rückkopplung erfahren wir mehr Respekt und fachliche Wertschätzung denn je. In der Bevölkerung werden Apothekerinnen und Apotheker heute weit mehr als früher in ihrem heilberuflichen Profil wahrgenommen und genießen mit die höchsten Vertrauenswerte aller Berufsgruppen. Ironischerweise trägt gerade diese hohe Meinung erheblich dazu bei, dass Politik und Gesellschaft unserer Argumentation in Sachen Gleichpreisigkeit und unserer Folgenabschätzung hinsichtlich des Versandhandels in Teilen nicht folgen. Man traut uns viel zu – sogar, dass wir im Preiswettbewerb mit dem Versandhandel bestehen könnten.

Vor diesem Hintergrund hat der Bundesgesundheitsminister der Apothekerschaft Eckpunkte vorgestellt, wie das Arzneimittelversorgungssystem in Zukunft gestaltet, der Arzneimittelversandhandel als Ausnahmeversorgungsweg erhalten, die Präsenzapotheke gleichzeitig abgesichert und die Rolle des Apothekers in der Gesundheitsversorgung aufgewertet werden könnte. Sie enthalten positive Ansätze und Chancen wie die Stützung des Nacht- und Notdienstfonds, die bessere Vergütung der Versorgung mit Betäubungsmitteln und zusätzliche Mittel für die zukünftige verpflichtende Honorierung von pharmazeutischen Dienstleistungen, mit denen dringender Versorgungsbedarf der Bevölkerung im Bereich Arzneimitteltherapiesicherheit und Prävention durch die niederschweligen Angebote der Apotheken gedeckt werden kann. Die Eckpunkte gehen von der Zielvorstellung aus, dass die Versorgung durch die Präsenzapotheke der Regelfall bleiben soll. Aber sie enthalten auch wesentliche problematische Punkte und Risiken, ganz besonders die geplante Akzeptanz für regulierte Boni an Versicherte beim Bezug verschreibungspflichtiger Arzneimittel aus dem europäischen Ausland, die als partielle Abkehr des Gesetzgebers vom Prinzip einheitlicher Abgabepreise verstanden werden muss. Dieser Punkt steht im eklatanten Widerspruch zu unserem zentralen Ziel. Der Unmut und Protest, der die Berufsöffentlichkeit in den letzten Tagen dazu erreicht hat, ist deshalb

nur allzu verständlich. Dazu kommt die Frage, ob und wie die geplanten Regeln zur Einhegung des Versandhandels im RX-Bereich zunächst rechtssicher gemacht und anschließend in der Praxis ggf. wirksam durchgesetzt werden können.

Angesichts dieser schwierigen Gemengelage müssen die Eckpunkte von uns intensiv geprüft und bewertet sowie anschließend von der Politik ggf. konkretisiert und erweitert werden, wenn sie für uns zustimmungsfähig werden sollen. Es ist ein Gebot politischer Daseinsvorsorge, zu analysieren, welche Optionen sie für den Berufsstand beinhalten. Wer seine Optionen nicht kennt, kann keine vernünftige Entscheidung treffen. Und die Entscheidung in dieser wichtigen Sache muss vernünftig sein und auf einem breiten demokratischen Fundament stehen. Deswegen wird zunächst in den Landesorganisationen der Apothekerschaft bis Mitte Januar ausführlich diskutiert. Viele von Ihnen werden sich in diese Diskussion einbringen. Deren Ergebnisse fließen in eine weitere Mitgliederversammlung der ABDA am 17. Januar 2019 ein, auf der wir dann eine gemeinsame Position finden müssen. Die Stärke unseres Berufsstandes lag immer in seiner Geschlossenheit, und ich bin zuversichtlich, dass wir diese Geschlossenheit auch in dieser wichtigen Phase erreichen. Wir brauchen sie, denn wir stehen nicht am Ende eines Prozesses, sondern am Anfang einer Entwicklung, bei der es darum geht, die Zukunft des Berufsstandes aktiv zu gestalten.

Ich wünsche Ihnen allen ein frohes Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Familien und alles Gute für das neue Jahr 2019!

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Friedemann Schmidt'. The signature is fluid and cursive, with a prominent horizontal stroke across the middle.

Friedemann Schmidt